

betont. Wo immer dies möglich ist, werden die gleichen Inhalte, die zuvor restriktiv ausgelegt worden waren, nun positiv ausgedrückt. Zudem werden in entscheidenden Punkten Zugeständnisse an die religiösen Organisationen gemacht: Sie dürfen religiöse Schulen betreiben, und sie dürfen freundschaftliche Kontakte mit den Glaubensbrüdern im Ausland unterhalten. Es scheint, daß die chinesische Regierung ihre Taktik geändert hat. Sie hat offensichtlich erkannt, daß sie das Vertrauen der vorwiegend islamischen Bevölkerung in Xinjiang nicht durch Vorschriften, die die Ausübung der Religion drastisch einschränken, gewinnen kann. Nun versucht sie es mit gewissen Zugeständnissen und einem milderem Ton. Die neuen Bestimmungen ändern zwar nichts an dem Grundtatbestand, daß alle Religionsgemeinschaften staatlicher Kontrolle unterstehen, aber der Staat scheint seine Haltung gegenüber den Religionen zu revidieren, indem er sie nicht mehr grundsätzlich als Gegner betrachtet, sondern vielleicht auch in Betracht zieht, daß sie einen stabilisierenden Faktor darstellen können. -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(22)

### Meistbegünstigung gewährt

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat Anfang August mit 280 : 152 Stimmen der weiteren Gewährung des Meistbegünstigungsstatus (MFN) im Handel mit der Volksrepublik China zugestimmt. Damit hat das Haus die bereits im Frühjahr von Präsident Clinton getroffene Entscheidung bestätigt, die Verlängerung des MFN-Status für China von der Frage der Menschenrechte abzukoppeln. Gegenvorschläge im Repräsentantenhaus, die auf ein Bündel von Handelsrestriktionen gegen China abzielten, sind niedergestimmt worden. Die inneramerikanische Diskussion dürfte damit vorerst zum Ende gekommen sein, zumindest bis zum Frühjahr 1995, wenn die nächste Verlängerungsentscheidung ansteht. Die Regelung der MFT-Frage erscheint insofern von erhöhter Bedeutung, als die Vereinigten Staaten aufgrund der steigenden Handelsdefi-

zite gegenüber China um eine verstärkte Präsenz auf dem chinesischen Markt bemüht sein müssen. 1992 lag das Defizit nach amerikanischen Angaben bei 18,3 Mrd.US\$ (Export: 7,4 Mrd., Import: 25,7 Mrd.). 1993 ist es auf insgesamt 22,7 Mrd. gestiegen (Export: 8,8 Mrd., Import: 31,5 Mrd.). Auch 1994 wird sich das amerikanische Defizit aller Voraussicht nach auf mehr als 20 Mrd.US\$ belaufen. (NfA, 11.8.94) -ma-

\*(23)

### Hindernisse im China-Handel

Nach Angaben der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels in Köln ist die Bestellfähigkeit deutscher Importeure im China-Handel z.Z. beinahe zum Erliegen gekommen. Schuld an dieser viel kritisierten Entwicklung sei vor allem die Europäische Kommission, die nach Ansicht der Importeure an einer "Blockade-Politik" gegenüber China festhält. Entgegen allen Zusagen seien die von der Kommission zu bestimmenden Importquoten eindeutig zu niedrig angesetzt und nicht aufgestockt worden. Dies gelte vor allem für den Import von Seidenwaren, bei denen deswegen mit erheblichen Preissteigerungen bis zum Jahresende zu rechnen sei. Auch nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums sind die gegenwärtigen Quoten, "die zumeist unter den Importmengen von 1992 bleiben", zu niedrig. Zur Zeit sei eine Quotenerhöhung von durchschnittlich 25% im Gespräch. Aber aufgrund verschiedener Umstände zögern sich endgültige Entscheidungen bis zum Herbst hinaus. (FAZ, 3.8.94; SZ, 4.8.94) -ma-

\*(24)

### Ausländische Direktinvestitionen

Der weltweite Fluß ausländischer Direktinvestitionen stieg 1993 wieder an, nachdem er 1991/92 rückläufig gewesen war. Dies geht aus dem *World Investment Report* 1994 hervor, der von der in Genf ansässigen UNCTAD jährlich veröffentlicht wird. Das globale Gesamtvolumen ausländischer Direktinvestitionen belief sich 1993 auf insgesamt 195 Mrd.US\$ (1992: 171 Mrd.). Es liegt damit deutlich unter der Rekordmarke von 232 Mrd.US\$ 1990. Der Anstieg 1993 ist vor allem auf die verstärkten Investitionsflüsse in die

Entwicklungsländer zurückzuführen. Insgesamt zogen die Entwicklungsländer ausländische Direktinvestitionen von rd. 80 Mrd.US\$ an. Für China allein stehen 26 Mrd.US\$ zu Buche, was weltweit den 2.Platz hinter den Vereinigten Staaten (32 Mrd.US\$) bedeutet. Unter den Herkunftsländern ausländischer Direktinvestitionen nehmen die Vereinigten Staaten ebenfalls den 1.Platz ein (50 Mrd.US\$). An zweiter Stelle steht Großbritannien (26 Mrd.US\$). Es folgen Frankreich, Deutschland und Japan mit 21 Mrd., 17 Mrd. und 12 Mrd.US\$. (XNA, 1.9.94) -ma-

\*(25)

### Investitionsschwerpunkt Beijing

Zahlreiche multinationale Gesellschaften, insbesondere Firmen aus Japan und den Vereinigten Staaten, haben Beijing zu ihrem "vorrangigen Investitionsgebiet" in China gemacht. Insgesamt investierten rd. 80 Gesellschaften knapp 4,6 Mrd. Yuan in 200 Projekte, was rd. einem Drittel der gesamten ausländischen Direktinvestitionen in Beijing entspricht. Die multinationalen Gesellschaften "richten ihre Investitionen auf technologieintensive Industrien und auf den Dienstleistungssektor aus". Rund 40% des Investitionsvolumens der multinationalen Gesellschaften wurden in die Elektronikindustrie investiert, 30% in den Dienstleistungsbereich und 20% in die Nahrungsmittelindustrie. Standortschwerpunkte für die Investitionen sind die Entwicklungszone für neutechnologische Industrie und die wirtschaftliche und technologische Entwicklungszone. Von seiten der Stadtregierung werden in Zukunft die Bereiche Energie, Transport, Telekommunikation, Umweltschutz, Handel und Stadterneuerung als Vorrangbereiche für ausländische Investitionen verstärkt gefördert.

"Wirtschaftsfachleute stimmen darin überein, daß der Erfolg einer Anzahl multinationaler Gesellschaften in Beijing das Vertrauen anderer multinationaler Gesellschaften gestärkt hat, in der Hauptstadt Zweigunternehmen einzurichten." (SCMP, 17.8.94) -ma-

\*(26)

### Öffnung Finanzsektor

Nach Aussagen Yang Wenyous, Leiter der Abteilung Ausländische Finanzinstitutionen der Chinesischen Volks-

bank, beabsichtigt China, seinen Finanzsektor dem Ausland gegenüber nach und nach zu öffnen. Bisher ist ausländischen Finanzinstitutionen der Zugang zu 13 Städten entlang der Küste einschließlich Shanghais ermöglicht. Insgesamt 104 Einheiten ausländischer Finanzinstitute und chinesisch-ausländischer Finanzgemeinschaftsunternehmen haben sich in diesen 13 Städten niedergelassen. Je nach Entwicklungsverlauf der örtlichen Finanzmärkte und des Außenhandels sowie der jeweiligen Gemeinschaftsunternehmen sollen nach und nach auch andere Städte geöffnet werden. Erster Kandidat ist die Hauptstadt Beijing. Ferner werden z.Z. Überlegungen angestellt, eine Ausweitung der Geschäftstätigkeiten für ausländische Finanzinstitute zuzulassen, "einschließlich Yuan-Transaktionen". Zur Zeit sei Chinas Markt jedoch "noch nicht reif" für eine solche Liberalisierung. (HB, 15.8.94) -ma-

\*(27)

**Boeing-Vertrag**

Anfang August 1994 hat der amerikanische Boeing-Konzern den bisher größten Produktionsvertrag mit einem chinesischen Luftfahrtunternehmen unterzeichnet. Das Vertragsvolumen zwischen Boeing und der Xi'an Aircraft Company (XAC) beläuft sich auf rd. 600 Mio. US\$. XAC wird erstmals gesamte Flugzeugteile (rückwärtige Sektion) für zweistrahlige Boeing-737 produzieren. Bereits in der Vergangenheit hat das Unternehmen für Boeing einzelne Komponenten hergestellt, "einschließlich vertikaler Flossen, horizontaler Stabilisierer und Türen für den vorderen Eingang". Diesmal jedoch "ist es das erste Mal, das ein ganzes Teil eines Flugzeuges gefertigt wird." Boeing hat seine Entscheidung damit begründet, daß das Unternehmen "seine Position auf dem am schnellsten wachsenden Markt konsolidieren möchte". 1993 lieferte Boeing insgesamt 46 Düsenflugzeuge nach China bzw. 14% seiner Gesamtproduktion. In diesem Jahr nimmt China weitere 36 Flugzeuge ab. (FT, 9.8.94) -ma-

---

## Binnenwirtschaft

---

\*(28)

**Erneute "wirtschaftliche Überhitzung"?**

Trotz starker wirtschaftspolitischer Bemühungen der Zentralregierung um die Kontrolle des wirtschaftlichen Wachstums deuten verschiedene wichtige Wirtschaftsdaten darauf hin, daß die Gefahr einer erneuten "Überhitzung" der chinesischen Industriewirtschaft keineswegs gebannt ist. Sorgen bereitet vor allem die als irrational zu bezeichnende "Investitionstätigkeit der staatlichen Unternehmen", die - wie schon in der Vergangenheit - durch geld- und kreditpolitische Maßnahmen offensichtlich nicht unter Kontrolle zu bekommen ist. Auch im Kampf gegen die starken Preissteigerungen für Nahrungsmittel scheinen nur staatliche Zwangsmaßnahmen gewisse Erfolge zu gewährleisten, während der Einsatz indirekter wirtschaftspolitischer Instrumente wenig Erfolg verspricht. Positiv zu Buche schlägt die Entwicklung der Exportwirtschaft, deren Erfolge nicht zuletzt zu einem Anstieg der nationalen Devisenreserven auf über 31 Mrd. US\$ beigetragen haben. Dennoch dürfte die interne Bestandsaufnahme zur Lage der Wirtschaft, die dem Ende September stattfindenden IV. Plenum des Zentralkomitees aller Wahrscheinlichkeit nach vorangeht, wenig Anlaß zu Optimismus bieten. Nach Angaben des Zentralen Statistikbüros ist der landesweit erfaßte Preisindex für Konsumgüter Mitte diesen Jahres um 24,2% höher gewesen als im Vergleichszeitraum 1993. Ferner hatte sich das Inflationstempo in den letzten Monaten zusätzlich beschleunigt. Im März war die Regierung noch von der Überzeugung ausgegangen, die Inflation bis Ende 1994 auf unter 10% zu drücken. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, daß sich die Preissteigerungen in den 35 größten Städten des Landes überdurchschnittlich beschleunigten. Vor allem bei Nahrungsmitteln wurde offiziell ein Preisanstieg von 31,9% eingeräumt, bei Getreide sogar 57,8%.

Langfristig noch bedenklicher erscheint die Tatsache, daß ausgerechnet die staatlichen Unternehmen, die be-

reits seit Jahren durch ineffiziente Produktion und Investitionstätigkeit auffallen, ihre Anlageinvestitionen um 72,9% gesteigert haben. Diese allen wirtschaftspolitischen Vorgaben der Zentrale zuwiderverlaufende Tendenz läßt sich nur aus der Tatsache erklären, daß Provinz- und Ortsregierungen die Restriktionspolitik der Zentrale bewußt unterlaufen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Aufschlüsselung der Investitionen nicht für verbesserte Produktionsbedingungen in der Zukunft spricht. So stiegen die Investitionen im Immobiliensektor um 95,8% und beim industriellen Bau um 76,8%, während sie bei der technischen Erneuerung der Unternehmen nur um 20% stiegen. Das heißt, daß ausgerechnet die staatlichen Unternehmen, die sich wegen der zentralen Restriktionspolitik über einen Mangel an Finanzmitteln zum Rohstoffkauf und zur Bezahlung von Löhnen beklagen, das verfügbare Kapital vorrangig für spekulative Zwecke einsetzen.

Unter diesen Bedingungen besteht nur wenig Hoffnung, daß Zhu Rongji, für die Wirtschaft zuständiger "Feuerwehrmann" der Zentralregierung, mit seinem erneuten Appell an die Regionaldirektoren der Chinesischen Volksbank, die Politik des knappen Geldes strikter als bisher durchzuführen, Erfolg haben wird. Vor allem der öffentliche Aufruf, die "vier Arten des Chaos" zu bekämpfen, wirkt eher wie das Pfeiffen im Walde. Bei den "vier Arten des Chaos" geht es um "illegale Beschaffung von Investitionskapital", "illegale gegenseitige Kreditgewährung der Banken untereinander", "illegale Hochzinskredite" und "Gründung illegaler Pseudofinanzinstitute". Der Kampf gegen diese Erscheinungen war bereits im Juli 1993 in den Mittelpunkt der Politik gegen wirtschaftliche Überhitzung gestellt worden. (NZZ, 26.8.94) -ma-

\*(29)

**Unzureichendes Steueraufkommen**

Laut Liu Zhongli, Finanzminister der Volksrepublik China, belaufen sich die nationalen Steuereinnahmen für die erste Hälfte des Jahres 1994 auf 197,9 Mrd. Yuan, was einem Anstieg von 22,6% gegenüber dem Vergleichszeitraum 1993 gleichkommt. Die Ausgaben während der ersten sechs Monate 1994 beliefen sich auf 197,3 Mrd. Yuan